

Wirtschaft und Politik

Bundeswehr fordert Schutz vor Sprengfallen

MATHIAS BRÜGGMANN | BERLIN Die Bundeswehr will bei Auslandseinsätzen dringend benötigte neue Ausrüstung künftig auch dann einsetzen, wenn diese noch nicht ganz ausgereift ist. Neue Systeme müssten schneller zum Einsatz kommen, sagten übereinstimmend der Vorstandschef des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall, Klaus Eberhardt, und der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Johann-Georg Dora. "Dabei ist es besser, wenn 80-Prozent-Lösungen schnell kommen als 110-prozentige in zehn Jahren", hieß es unisono bei der 6. Handelsblatt-Konferenz "Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie" in Berlin.

Um moderne Ausrüstung für die Soldaten im Kampfeinsatz entwickeln zu können, müssten verschiedener Unternehmen stärker kooperieren, sagte Dora. Lobbyismus der Industrie beeinflusse die Bundeswehrplanung negativ.

Für den laufenden Afghanistan-Einsatz müssten schnell technische Lösungen gegen sogenannte Sprengfallen gefunden werden, forderte der Kommandeur des Allied Joint Force Command der Nato, der deutsche General Egon Ramms. Von den radikal-islamischen Taliban eingesetzte Sprengfallen forderten immer mehr Opfer und bereiteten der Bundeswehrführung große Sorge. Ramms verlangte zudem, "eine möglichst breite Palette an Ausrüstung in Einsätzen vorzuhalten, um auf alle Konflikte reagieren zu können". Denn die Soldaten würden sowohl in konventionellen wie auch asymmetrischen Konflikten eingesetzt.

Eine weitere Forderung der Industrie ist eine verstärkte Zusammenarbeit in der europäischen Wehrtechnik. "Dabei ist der Erhalt wehrtechnischer Kernfähigkeiten in Deutschland und mehr europäische Kooperation kein Widerspruch", betonte Alexander Weis, Chef der Europäischen Verteidigungsagentur (Eda). "Es muss aber zu mehr Spezialisierung in Europas Rüstungsindustrie kommen."

Das sieht auch Rheinmetall-Chef Eberhardt so: "Ich bin für mehr Kooperation, aber unter deutscher Führung. Denn unsere Industrie ist in vielen Bereichen Technologieführer." Eine Fusion der deutschen und französischen U-Boot-Werften lehnt die Bundesregierung aber nach Handelsblatt-Informationen ab. Berlin befürchtet, wie in der deutsch-französischen Kooperation im Rahmen des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS oder beim Atomkonzern Areva von Paris über den Tisch gezogen zu werden.

Notwendiger sei vielmehr, endlich eine einheitliche europäische Exportgenehmigung für Rüstungsgüter einzuführen, sagte Lutz Bertling, Chef des Hubschrauberherstellers Eurocopter. "Meine Hoffnung darauf ist allerdings sehr gering", sagte Bertling im Hinblick auf seine Erfahrungen mit der EU. Vertreter der deutschen Verteidigungsindustrie kritisierten zudem, dass es unfaire Bedingungen zwischen deutschen und anderen europäischen Rüstungsunternehmen gebe, weil die Branche in einigen EU-Staaten stärker staatlich gefördert werde.

Brüggmann, Mathias